



2022/2008(INI)

20.6.2022

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu der Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa:
Anpassung der Ausgaben an die Politik
(2022/2008(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Maria da Graça Carvalho

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

Eine neue Industriestrategie in der Zeit nach COVID-19

1. weist darauf hin, dass die neue Industriestrategie aktualisiert wurde, um den Lehren aus der COVID-19-Pandemie Rechnung zu tragen und die Erholung des Binnenmarkts anzukurbeln, und dass diese Strategie von entscheidender Bedeutung dafür ist, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern, den ökologischen und den digitalen Wandel zu verwirklichen sowie sicherzustellen, dass der Binnenmarkt besser für künftige Krisen gerüstet ist; weist darauf hin, dass ein starkes Governance-System und ein digitalisiertes Marktüberwachungssystem unabdingbar sind, um den Binnenmarkt wiederzubeleben und zu vertiefen sowie sein einwandfreies Funktionieren sicherzustellen; fordert die Kommission auf, den Schwerpunkt darauf zu legen, sicherzustellen, dass die Industriestrategie dazu beiträgt, ungerechtfertigte Hindernisse für den Binnenmarkt zu beseitigen sowie eine weitere Fragmentierung und unterschiedliche nationale Ansätze zu vermeiden, wobei gleichzeitig der Notwendigkeit Rechnung zu tragen ist, den Verbraucherschutz zu stärken; weist darauf hin, wie wichtig es ist, übermäßige Bürokratie und Kosten für KMU und Kleinstunternehmen, die auf dem Binnenmarkt tätig sind, zu beseitigen;
2. betont, dass die zentralen Unionsstrategien ganzheitlich im Rahmen der Industriestrategie betrachtet werden müssen, die darauf abzielen sollte, die verschiedenen Instrumente aufeinander abzustimmen, und in vollem Umfang in die bestehenden Initiativen integriert werden sollte; betont ferner, dass die Industriestrategie kohärent sein und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit in allen Bereichen der europäischen Politik wahren und fördern muss, während gleichzeitig der Verbraucherschutz und Fortschritte bei der Verwirklichung von Umweltzielen sichergestellt werden; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig es ist, die europäische Führungsrolle in strategischen Wirtschaftszweigen aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen, insbesondere in den Wirtschaftszweigen, die sich während der COVID-19-Pandemie als wesentlich erwiesen haben; hebt hervor, dass die europäische Industriepolitik allen Mitgliedstaaten zugute kommen muss; betont, wie wichtig es ist, einen offenen Dialog mit allen Industriezweigen und einschlägigen Interessenträgern aufrechtzuerhalten;
3. weist auf die unkoordinierten Beschränkungen hin, die das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts während der Pandemie ernsthaft beeinträchtigt und zu erheblichen Störungen der Lieferketten in vielen industriellen Ökosystemen, insbesondere in der Lebensmittel- und Pharmabranche, geführt haben; betont in diesem Zusammenhang, dass Ungleichgewichte in der europäischen Lebensmittelversorgungskette verhindert werden müssen, dass die Lebensmittelsouveränität der EU sichergestellt werden muss und dass die Widerstandsfähigkeit in Bezug auf die pharmazeutische und medizinische Produktion

gewährleistet werden muss; weist auch darauf hin, dass Grenzkontrollen und Grenzschießungen zu Schwierigkeiten für Grenzgänger und Saisonarbeitnehmer geführt haben, und betont die Bedeutung der Freizügigkeit ohne Barrieren; fordert die Kommission auf, die pandemiebedingten Störungen in grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten weiter zu bewerten, da die Industriestrategie für die Vollendung von Wertschöpfungsketten in bestimmten Branchen sorgen muss, um die offene strategische Autonomie der EU zu fördern;

4. begrüßt die Veröffentlichung der EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien durch die Kommission; weist darauf hin, dass sich die Textilindustrie nur langsam von ihrem Absturz während der Pandemie erholt, was auch durch die massive Verlagerung von Produktionsstätten in Drittländer bedingt ist; betont, dass KMU als die wichtigsten Akteure in der Branche ins Visier genommen werden müssen;

Die Industriestrategie und die Lage in der Ukraine

5. betont, dass der rechtswidrige, grundlose und ungerechtfertigte Krieg Russlands gegen die Ukraine die Dringlichkeit erhöht, eine widerstandsfähigere, nachhaltigere und robustere wirtschaftliche Basis in der EU aufzubauen und den Binnenmarkt in wichtigen Industriezweigen und strategischen Sektoren zu vollenden; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Versorgung zu diversifizieren und eine übermäßige Abhängigkeit in Bereichen wie Energie, Rohstoffe und kritische Produkte zu verhindern, da sie zu Schwachstellen führen und die Handlungsfähigkeit der EU einschränken kann; hebt hervor, dass es eines koordinierten europäischen Vorgehens in den Bereichen Energieerzeugung und Transportinfrastruktur (TEN-V) bedarf und dass zugleich die Ressourceneffizienz verbessert und die Kreislaufwirtschaft gefördert werden muss, um die Industriestrategie zu stärken;
6. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen, wenn sie Anreize zur Unterstützung strategischer Industriezweige, wie Lebensmittel, Pharmazeutika u. a., und ihrer Lieferketten schaffen, die aufgrund des Kriegs in der Ukraine mit einem drastischen Anstieg der Energie-, Transport- und Rohstoffkosten konfrontiert sind; fordert die Kommission insbesondere auf, eine Strategie für kritische Rohstoffe und Ressourcen umzusetzen, die für die Schlüsseltechnologien, die Digitalisierung und den ökologischen Wandel benötigt werden; unterstützt ferner gezielte Entlastungsmaßnahmen für schutzbedürftige Kunden und Unternehmen in der Industrie, insbesondere für schutzbedürftige KMU und Kleinstunternehmen, um die schlimmsten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der hohen Energiepreise abzumildern;

Verbesserung der offenen strategischen Autonomie

7. bekräftigt, dass die offene strategische Autonomie Europas gestärkt werden muss, indem Störungen und Schwachstellen von Lieferketten angegangen werden und die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten sichergestellt wird und indem in Kompetenzen, Berufsqualifikationen, Cybersicherheit, digitale Infrastrukturen, die Datenwirtschaft und Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz, 5G und 6G, Mikroprozessoren und Halbleiter, Batterien, 3D-Produktion, Hochleistungsrechnen und Quantentechnologien investiert wird; betont, dass es dringend notwendig ist, innovative, bahnbrechende

Industrietechnologien, insbesondere für kritische energieintensive Industrien, in der gesamten Union zu verbreiten, auch mit dem Ziel, CO₂-Kreisläufe entlang der Wertschöpfungsketten energieintensiver Industriezweige durch Wiederverwendung und Recycling von Ressourcen zu schließen; weist darauf hin, dass künstliche Intelligenz auf verantwortungsvolle Weise umfassend genutzt werden muss; hebt hervor, dass diese Investitionen auch den ländlichen Gebieten, abgelegenen Gebieten und Gebieten in äußerster Randlage zugute kommen müssen;

8. betont, wie wichtig es ist, die Verfügbarkeit von Daten unter Beachtung der Datenschutzvorschriften zu verbessern, und setzt sich für einen Binnenmarkt für Daten ein, um die industrielle Entwicklung der EU zu unterstützen, Innovationen zu fördern und den digitalen Binnenmarkt insgesamt zu stärken; fordert die Kommission auf, Fortschritte bei allen datenbezogenen Initiativen zu beschleunigen, die die gemeinsame Nutzung und den Austausch von Daten verbessern, zur Entwicklung gemeinsamer europäischer Datenräume beitragen und die Schaffung gemeinsamer europäischer Infrastrukturen fördern; ist der Ansicht, dass die EU wirksam mit internationalen Partnern zusammenarbeiten sollte, um kompatible digitale Standards zu entwickeln;

Ökologischer Wandel und digitaler Wandel

9. weist darauf hin, dass der ökologische und der digitale Wandel in der gesamten EU beschleunigt werden müssen, um eine offene strategische Autonomie zu erreichen; hebt die massive Investitionslücke in den Technologiebranchen hervor, die den digitalen und den grünen Wandel unserer Gesellschaft ermöglichen, und bekräftigt, dass verstärkt Investitionen in digitale und Umwelttechnologien getätigt werden müssen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen solchen horizontalen Ansatz uneingeschränkt zu unterstützen, um sicherzustellen, dass Europa bei entscheidenden Schlüsseltechnologien weltweit führend bleibt;
10. weist darauf hin, dass der Grüne Deal nur mit einer Ausweitung der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen umgesetzt werden kann, während zugleich die Bedeutung von Energieeffizienzmaßnahmen anerkannt wird, die zur Verringerung des Primärenergieverbrauchs führen, und dass ein ausreichender Zugang zu erschwinglicher, sicherer und diversifizierter sauberer Energie sichergestellt werden muss, um den ökologischen Wandel der europäischen Industrie und ihre globale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern; begrüßt zudem den Start der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ im Zusammenhang mit der Industriestrategie, durch die die Nachhaltigkeit gefördert und weiterentwickelt werden soll, insbesondere in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Wohnungswesen, und zugleich ein Schwerpunkt auf die nachhaltige Stadtplanung und -entwicklung gelegt und die Einbeziehung aller europäischen Bürgerinnen und Bürger sichergestellt werden soll;
11. hebt hervor, dass im Rahmen der Industriestrategie die Haupthindernisse für eine schnellere Erschließung erneuerbarer Energiequellen angegangen werden sollten und die Nachhaltigkeit des Konsums verbessert werden sollte, indem unter anderem Wege gefunden werden, um KMU und Energieerzeuger besser in das System einzubinden; betont, dass verlässliche und überprüfbare Umweltinformationen sowie Informationen über die Lebensdauer und Reparierbarkeit von Produkten der Schlüssel zur Lenkung der Verbrauchsgewohnheiten in eine nachhaltige Richtung sind;

Stärkung des Binnenmarkts

12. fordert die Wiederbelebung der Binnenmarktstrategie, um das Potenzial des Binnenmarkts weiter auszuschöpfen, indem die Regulierungsansätze vereinheitlicht, verhältnismäßige Rechtsvorschriften erlassen, die öffentlichen Verwaltungen modernisiert, die bürokratischen Belastungen für die Unternehmen verringert und bestehende Investitionshindernisse überwunden werden, um die Befolgungskosten zu senken, den Wettbewerb zu fördern, marktgestützte Innovationen zu begünstigen und die weltweit führende Rolle der EU im Bereich des Verbraucherschutzes zu fördern; betont, dass die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der EU von einem reibungslos funktionierenden und widerstandsfähigen Binnenmarkt abhängt, der Vorteile für alle Mitgliedstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf die Verbraucherrechte und die Bedürfnisse der Unternehmen, einschließlich KMU, Kleinunternehmen und Start-up-Unternehmen, zu legen ist;
13. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Zusammenarbeit untereinander und mit den Wirtschaftsakteuren zu verstärken und neue Technologien zu nutzen, um ungerechtfertigte regulatorische und sonstige Hindernisse und Verwaltungslasten im Binnenmarkt, auch im Dienstleistungsbereich, zu beseitigen; hebt die wirtschaftlichen Vorteile der Vollendung des Binnenmarkts hervor und weist diesbezüglich insbesondere auf Schätzungen der Kommission hin, wonach weitere Verbesserungen des Binnenmarkts für Industrieprodukte jährlich zwischen 183 und 269 Mrd. EUR bringen könnten, während sich die Vorteile einer weiteren Integration der Dienstleistungsmärkte auf 297 Mrd. EUR pro Jahr belaufen könnten, was allein schon den wirtschaftlichen Nutzen von 8-9 % auf rund 12 % zusätzliches BIP erhöhen würde¹;
14. fordert die Kommission auf, ein ambitioniertes Notfallinstrument für den Binnenmarkt vorzulegen, mit dem die Widerstandsfähigkeit gestärkt und in Krisenzeiten ein gut funktionierender Binnenmarkt sichergestellt wird, und zugleich durchschlagende Krisenvorsorgemaßnahmen auszuarbeiten, ohne die Bemühungen um die Beseitigung ungerechtfertigter Hindernisse im Binnenmarkt zu untergraben; fordert die Kommission zudem auf, die Wirksamkeit bestehender Steuerungsinstrumente zu verbessern;
15. weist darauf hin, dass neben vertikalen Ökosystemen auch horizontale Ansätze erforderlich sind, beispielsweise in Bezug auf Schlüsseltechnologien, und dass das digitale Ökosystem horizontal in alle anderen industriellen Ökosysteme integriert werden muss; weist darauf hin, dass die Tourismuswirtschaft während der Pandemie am stärksten betroffen war und dass mehrere andere Ökosysteme, wie etwa die Textilindustrie und die Kultur- und Kreativbranche, ebenfalls mit einer langsamen Erholung zu kämpfen haben, während das digitale Ökosystem seinen Umsatz während der Krise gesteigert hat; betont, dass das Industrieforum, das durch die Industriestrategie eingerichtet wurde, wichtig ist, und stellt fest, dass von den fünf eingesetzten Task Forces eine unmittelbar für den Binnenmarkt zuständig ist und die horizontalen Aspekte des Binnenmarkts sowie die Beseitigung von ungerechtfertigten Hemmnissen analysiert, und dass bei einer anderen ein besonderer Schwerpunkt auf hochentwickelter

¹ Mitteilung der Kommission vom 2. März 2022 mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer grünen, digitalen und resilienten Wirtschaft: unser europäisches Wachstumsmodell“ (COM(2022)0083).

Fertigung als einer horizontalen Voraussetzung für ein breites Spektrum an Ökosystemen liegt;

16. betont, dass die Glücksspielindustrie als eine der Branchen mit dem höchsten Entwicklungspotenzial in die Industriestrategie aufgenommen werden muss, und weist darauf hin, dass die meisten Spielehersteller und -entwickler keine europäischen Akteure sind; fordert klar umrissene Pfade auf europäischer Ebene, um die Industrie in die Lage zu versetzen, schneller voranzuschreiten und eine führende Stellung in dieser Branche einzunehmen;

Förderung der Normung

17. würdigt die europäische Normungsstrategie und betont, dass harmonisierte Normen zusammen mit Innovation zur Steigerung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Wohlergehens, einschließlich der Gesundheit und Sicherheit von Verbrauchern und Arbeitnehmern, beitragen können; ist der Auffassung, dass gut funktionierende Normen daher für einen gut funktionierenden Binnenmarkt, die Sicherheit von Produkten, die globale Wettbewerbsfähigkeit, den ökologischen und digitalen Wandel und sowie den Verbraucherschutz von wesentlicher Bedeutung sind; hebt hervor, wie wichtig Transparenz und Inklusivität sowie die Vermeidung eines übermäßigen Verwaltungsaufwands bei der Normung sind; ist der Ansicht, dass die Normungsstrategie darauf abzielen sollte, zur Verbesserung der Wiederverwendung und des Recyclings von Materialien sowie zur Förderung der Nutzung von Sekundärressourcen beizutragen;
18. betont, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass die Normungsstrategie weiterhin die besten Experten anzieht und einen stärker koordinierten Ansatz bei der Festlegung internationaler Normen fördert und dass strategische Ziele unter aktiver Beteiligung aller betroffenen Interessenträger erörtert und vereinbart werden;
19. fordert ehrgeizige Vorschläge der Kommission für die anstehende Zollreform, auch in Bezug auf den Zollkodex der Union; betont, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass Zollkontrollen in der gesamten EU denselben Standards entsprechen; fordert eine Reform, mit der ein offener, fairer und nachhaltiger Handel sichergestellt wird und die Verbraucher vor gefährlichen und nicht konformen Produkten geschützt werden; fordert die Kommission auf, bei ihrer Reform den Bericht der Gruppe der Weisen über die Reform der Zollunion der EU zu berücksichtigen²;

Die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Wettbewerbsfähigkeit der KMU

20. betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Kleinstunternehmen und der Industrie gestärkt werden muss, indem Versorgungsrisiken, Abhängigkeiten, Störungen und Schwachstellen, insbesondere in der grünen und digitalen Wirtschaft, angegangen werden; betont, dass ein wirksamer, offener, fairer und kooperativer Rahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge zusammen mit öffentlichen Investitionen eine wichtige Rolle bei der Förderung der Beschäftigung, eines nachhaltigen Wachstums, der

² „Putting more Union in the European Customs – Ten proposals to make the EU Customs Union fit for a Geopolitical Europe. Report by the Wise Persons Group on the Reform of the EU Customs Union“, Brüssel, März 2022.

Wettbewerbsfähigkeit, innovativer Investitionen, eines nachhaltigen Konsums und der Einführung nachhaltiger Produkte spielen kann; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, weiter an der korrekten Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge zu arbeiten, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen Rechnung trägt, um einen gut funktionierenden und harmonisierten Binnenmarkt zu schaffen; weist auf die Bedeutung der Leitlinien der Kommission für eine umweltorientierte Vergabe öffentlicher Aufträge hin, die den Bemühungen der EU, eine ressourceneffiziente Wirtschaft zu werden, förderlich sein und dazu beitragen werden, die Nachfrage nach nachhaltigeren Gütern und Dienstleistungen zu stimulieren und zugleich Öko-Innovationen zu fördern;

21. weist auf die Bedeutung der von der Kommission entwickelten Leitlinien hin, die praktische Hinweise darauf enthalten, wie die Mitgliedstaaten Leistungsziele und Qualitätskriterien wie das wirtschaftlich günstigste Angebot (MEAT) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigen sollten und wie eine Vielzahl von Herstellern, einschließlich KMU und Kleinstunternehmen, besser einbezogen werden können; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich eingehend mit der Position der KMU im Hinblick auf die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen zu befassen; hebt den Stellenwert von KMU im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovation im Binnenmarkt hervor und erkennt zugleich ihre Stellung als Hersteller und auch als Anbieter von industriellen Dienstleistungen für andere Hersteller an; fordert die Kommission auf, KMU, Kleinstunternehmen und Start-up-Unternehmen zu unterstützen, indem sie den Zugang zu Finanzmitteln verbessert und zugleich dabei hilft, Aufkäufe und Übernahmen von europäischen Unternehmen einzudämmen, wenn diese Aufkäufe und Übernahmen die europäische Innovationsfähigkeit bedrohen, sowie klare Leitlinien zur Einhaltung der sektorspezifischen EU-Vorschriften bereitzustellen, wo dies relevant ist;
22. weist darauf hin, dass wirksame und nachhaltige öffentliche Beschaffungspraktiken wichtig sind, insbesondere in Bezug auf das Gesundheitsökosystem; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung gezielter Regeln für die gemeinsame Beschaffung von wichtigen Gütern wie Arzneimitteln zu unterstützen, um langfristige Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, fairen Wettbewerb und Investitionen in Produktionskapazitäten sicherzustellen;
23. weist erneut darauf hin, wie wichtig Wettbewerbsregeln sind, die an die neue Dynamik des EU-Marktes und an ein sich wandelndes globales Umfeld angepasst sind, um einen wirksamen und fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu gewährleisten und die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher zu verbessern;

Forschung, Innovation und bahnbrechende Technologien

24. erinnert an die Zusage, die Investitionen in Forschung und Entwicklung auf 3 % des BIP zu erhöhen und den Europäischen Forschungsraum zu stärken, um einen Binnenmarkt für Forschung und Innovation zu schaffen; begrüßt die Gründung von Industriallianzen in verschiedenen Industriezweigen und betont, dass die Allianzen zusammen mit öffentlich-privaten Partnerschaften wichtig sind, um bahnbrechende Technologien zu entwickeln; betont, dass verstärkte Investitionen in FuE unabdingbar sind, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten; hebt hervor, dass der Fokus von

FuE-Investitionen auf allen Industriezweigen und nicht nur auf dem verarbeitenden Gewerbe liegen sollte, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Beteiligung von KMU und Kleinstunternehmen am FuE-Markt zu erleichtern; fordert die Kommission auf, für Transparenz, Inklusivität, Kohärenz und Synergieeffekte bei allen Initiativen, Finanzierungs- und Regulierungsinstrumenten zur Unterstützung der Industrie sowie von KMU und Kleinstunternehmen zu sorgen, insbesondere im Hinblick auf den ökologischen und den digitalen Wandel; fordert die Kommission auf, einen europäischen Innovationsraum zu entwickeln, der darauf ausgerichtet ist, wissenschaftliche Ergebnisse in kommerzielle Produkte umzuwandeln, Start-up-Unternehmen und KMU zu unterstützen und Unternehmen im Binnenmarkt der Union zu halten;

25. betont, dass die Initiativen zur Stärkung des Europäischen Forschungsraums, des europäischen Bildungsraums und der europäischen Innovationsökosysteme umgesetzt werden müssen, um einen starken europäischen Binnenmarkt für Forschung und Innovation zu schaffen;
26. fordert die Kommission auf, klare, wirksame, einfache und umfassende Leitlinien für die bestehenden Instrumente festzulegen, mit denen die politischen Prioritäten in mehreren Industriezweigen – insbesondere die wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse, die verschiedenen Allianzen (Industriedaten, Trägerraketen, emissionsfreie Luftfahrt, Batterien u. a.), die Konsortien für europäische Digitalinfrastrukturen und andere – angegangen werden sollten; betont, wie wichtig es ist, für die richtigen Synergien zwischen den verschiedenen Instrumenten, Programmen und Fonds zu sorgen, von der Aufbau- und Resilienzfazilität bis hin zu den Strukturfonds, und betont, dass es notwendig ist, sie besser in die gemeinsamen Unternehmen und anderen aus Horizont Europa hervorgehenden Initiativen wie das Europäische Technologie- und Innovationsinstitut und den Europäischen Innovationsrat zu integrieren;

Förderung von Kompetenzen

27. fordert die Kommission auf, konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, dem Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage in bestimmten Wirtschaftszweigen zu begegnen, und zugleich auch menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu fördern; fordert den Ausgleich der Abwanderung von Talenten, Technologiesachverständigen und Know-how innerhalb des Binnenmarkts und die Verbesserung der Finanzierung von Forschung, Innovation und technologischer Entwicklung; betont darüber hinaus, dass die Mitgliedstaaten mithilfe ihrer nationalen Rahmen entschlossene Maßnahmen ergreifen müssen, um den Kompetenzpakt und andere Initiativen der Union zur Schaffung von Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Arbeitskräfte angemessen umzusetzen; weist auf die Bedeutung der Stärkung der allgemeinen und beruflichen Bildung hin, insbesondere für die Entwicklung der Fähigkeiten, die zur Unterstützung des ökologischen und des digitalen Wandels auf dem Binnenmarkt vonnöten sind;
28. betont, dass ein stetiger Austausch zwischen den zuständigen Behörden und den Wirtschaftsakteuren erforderlich ist, um sicherzustellen, dass die Arbeitskräfte besser

auf die neuen Anforderungen der Wirtschaft vorbereitet sind; weist darauf hin, dass der ökologische und der digitale Wandel der Industriezweige die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen hoch qualifizierter und qualifizierter Fachkräfte erfordern;

29. betont, dass das Problem der mangelnden Beschäftigung von Frauen in der Industrie zum geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälle beiträgt; fordert, dass im Rahmen der Industriestrategie Maßnahmen ergriffen werden, um das Geschlechtergefälle in der europäischen Industrie und den Mangel an Möglichkeiten für Frauen, insbesondere im Bereich MINT, anzugehen; weist ferner darauf hin, dass die Digitalisierung traditioneller Industriezweige zur Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen Wirtschaftszweigen führen, aber auch die bestehenden Arbeitsplätze beeinträchtigen und in bestimmten Fällen zu prekären Arbeitsbedingungen führen könnte; weist darauf hin, dass diese Herausforderungen Maßnahmen und angemessene Finanzinvestitionen im Rahmen der Industriestrategie erfordern.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	16.6.2022						
Ergebnis der Schlussabstimmung	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 100px;">+:</td> <td style="text-align: right;">36</td> </tr> <tr> <td>-:</td> <td style="text-align: right;">0</td> </tr> <tr> <td>0:</td> <td style="text-align: right;">6</td> </tr> </table>	+:	36	-:	0	0:	6
+:	36						
-:	0						
0:	6						
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Pablo Arias Echeverría, Alessandra Basso, Brando Benifei, Adam Bielan, Andrea Caroppo, Anna Cavazzini, Dita Charanzová, Deirdre Clune, Alexandra Geese, Sandro Gozi, Maria Grapini, Krzysztof Hetman, Virginie Joron, Eugen Jurzyca, Arba Kokalari, Marcel Kolaja, Andrey Kovatchev, Maria-Manuel Leitão-Marques, Adriana Maldonado López, Beata Mazurek, Leszek Miller, René Repasi, Christel Schaldemose, Andreas Schwab, Tomislav Sokol, Ivan Štefanec, Róza Thun und Hohenstein, Kim Van Sparrentak, Marion Walsmann						
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Marco Campomenosi, Maria da Graça Carvalho, Geoffroy Didier, Malte Gallée, Karen Melchior, Tsvetelina Penkova, Antonio Maria Rinaldi, Marc Tarabella, Kosma Złotowski						
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)	Nicola Beer, Rosanna Conte, Vlad Gheorghe, Ondřej Kovařík						

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

36	+
ECR	Adam Bielan, Beata Mazurek, Kosma Złotowski
PPE	Pablo Arias Echeverría, Andrea Caroppo, Maria da Graça Carvalho, Deirdre Clune, Geoffroy Didier, Krzysztof Hetman, Arba Kokalari, Andrey Kovatchev, Andreas Schwab, Tomislav Sokol, Ivan Štefanec, Marion Walsmann
Renew	Nicola Beer, Dita Charanzová, Vlad Gheorghe, Sandro Gozi, Ondřej Kovařík, Karen Melchior, Róza Thun und Hohenstein
S&D	Brando Benifei, Maria Grapini, Maria-Manuel Leitão-Marques, Adriana Maldonado López, Leszek Miller, Tsvetelina Penkova, René Repasi, Christel Schaldemose, Marc Tarabella
Verts/ALE	Anna Cavazzini, Malte Gallée, Alexandra Geese, Marcel Kolaja, Kim Van Sparrentak

0	-

6	0
ECR	Eugen Jurzyca
ID	Alessandra Basso, Marco Campomenosi, Rosanna Conte, Virginie Joron, Antonio Maria Rinaldi

Zeichenerklärung:

+ : Ja-Stimmen

- : Nein-Stimmen

0 : Enthaltungen